

## **Protokoll des Einwohnerrates Wohlen**

21. Sitzung vom 20. September 2004 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Claude Salathé, Präsident

**Protokollführung:** Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

**Präsenz:** **Einwohnerrat**  
34 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelmehr: 23

**Gemeinderat**

Walter Dubler, Gemeindeammann

Dieter Gerber, Vizeammann

Küling Harold, Gemeinderat

Meier Erwin, Gemeinderat

Meier René, Gemeinderat

Müller Christian, Gemeinderat

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

**Weitere Anwesende**

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter

**Entschuldigungen**

Huwiler Paul

Hedy Perroud

Gfeller Koni

Bucher Louis

Schmid Tomi

Bächer Andy

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 10109 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
3. Bericht und Antrag 10107 betr. Genehmigung der Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Siegfried Wagner, Meisterschwanden, betreffend 1'548 m<sup>2</sup> Land am Gewerbering zu Fr. 260.--/m<sup>2</sup> sowie Bahnhoftaxi Wohlen Stutz AG, betreffend 1'500 m<sup>2</sup> Land am Gewerbering zu Fr. 260.--/m<sup>2</sup>
4. Bericht und Antrag 10105 betr. Änderungen Abfallreglement
5. Geschäft 10111 betr. Finanzplan 2004 - 2008
6. Bericht 10110 betr. Bericht zum Postulat 9104 der Fraktion CVP-CSP und Junge CVP betr. Hilfe und Weiterbestand des Kinderhorts Asilo in Wohlen

98            0.011.5        Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen  
**Eingänge und Mitteilungen**

---

Salathé Claude, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Seit der letzten Sitzung hatten die Mitglieder folgende Eingänge zu verzeichnen:

- Finanzplan 2004-2008
- Bericht zum Postulat 9104 der Fraktion CVP-CSP und Junge CVP betr. Hilfe und Weiterbestand des Kinderhorts Asilo in Wohlen
- Beantwortung der Kleinen Anfrage 10108 betr. Parkplätze im Zentrum der Gemeinde Wohlen

Heute haben Sie erhalten:

- Motion 10113 betr. Sicherheit für Kinder und Fussgänger auf Quartierstrassen
- Bericht und Antrag 10112 betr. Baukredit von Fr. 82'000.00 für bauliche und betriebliche Massnahmen zur Einführung der Tempo-30-Zone im Gebiet Farnbühl

**Bericht und Antrag 10109 betr. Ordentlichen Einbürgerungen**

Meier-Rösti Regula, Präsidentin der Einbürgerungskommission: Es kam die Frage auf, warum an den letzten drei Sitzungen verhältnismässig viele Gesuche zurückgestellt wurden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einbürgerungskommission beschlossen hat, künftig nur noch ganze Familien einzubürgern. Es wurde festgestellt, dass oft einer der Ehegatten, meistens die Ehefrau, die deutsche Sprache ungenügend beherrscht. Man will damit erreichen, dass beide Ehegatten die Sprache beherrschen und somit besser integriert und assimiliert sind.

Bei den restlichen 14 Gesuchen / 30 Personen handelt es sich um voll integrierte und assimilierte Personen, welche Ihnen die Einbürgerungskommission allesamt einstimmig zur Einbürgerung vorschlägt.

Bertschi Bruno, SVP: Wer hat diesen Beschluss gefasst? Vor kurzer Zeit war im Beobachter ein Bericht über das Einbürgerungsverfahren in Wohlen. Meiner Meinung nach war dies eine einseitige Berichterstattung. Ich bin der Ansicht, dass es in Wohlen gut gemacht wird.

Muff Sepp, SP: Liegt es in der Kompetenz der Einbürgerungskommission, solche Kriterien festzulegen?

Meier-Rösti Regula, Präsidentin der Einbürgerungskommission: Dies hat die Einbürgerungskommission in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat beschlossen.

**Wahlresultat**

Eingelegte Wahlzettel	34
leer / ungültig	<u>0</u>
gültig	34
absolutes Mehr	18

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/ LEER	TOTAL STIMMEN
1. Jukic Amer	27	5		34
2. Pascolin Mauro	32	2		34
3. Radivojevic Dragan und Radivojevic-Cokic Vesna mit den Kindern Tamara und Aleksandar	26	8		34
4. Stojkovski Kiro und Stojkovska-Nikoloska Valentina mit den Kindern Laze und Mihaela	27	7		34
5. Stojanoski Igor	27	7		34

6. Mattiola Tiziano	32	2		34
7. Karakushi Almira	27	7		34
8. Peric Ana	30	4		34
9. Dimoski Igor	28	6		34
10. Babic Zeljko und Babic-Mihaljevic Marijana mit den Kindern Luka und Mirko	26	8		34
11. Kqira Gjon mit den Kindern Florena, Mark, Pashke und Floriana	26	8		34
12. Provenzano Giuseppe und Provenzano- Accogli Irene mit den Kindern Flavio und Ilenia	31	3		34
13. Kostov Dusan	28	6		34
14. Jukic Adis	28	6		34

**Bericht und Antrag 10107 betr. Genehmigung der Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Siegfried Wagner, Meisterschwanden, betreffend 1'548 m<sup>2</sup> Land am Gewerbering zu Fr. 260.--/m<sup>2</sup> sowie Bahnhoftaxi Wohlen Stutz AG, betreffend 1'500 m<sup>2</sup> Land am Gewerbering zu Fr. 260.--/m<sup>2</sup>**

---

Hartmann Karl, GPK-Sprecher: Im Jahr 1986 wurde das Land für Fr. 115.00/m<sup>2</sup> erworben. Die Parzelle 3505 war für den Zivilschutz reserviert, was heute nicht mehr aktuell ist.

Grundsätzlich erachtet es die GPK als sinnvoll, dass das Land, welches der Gemeinde gehört und nicht mehr benötigt wird, der Wirtschaft zugeführt wird. Dadurch fließen direkt und aber auch indirekt Gelder in die Gemeindekasse.

Den Kaufpreis von Fr. 260.00/m<sup>2</sup> erachtet die GPK als angemessen, da die Käufer den Bauschutt des ehemaligen Gebäudes auf ihre Kosten entsorgen müssen. Die GPK empfiehlt Ihnen den Bericht und Antrag einstimmig zur Annahme.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Vielen Dank dem GPK-Sprecher. Das Wesentliche wurde gesagt.

Becker Doris, Freis Wohle: Wir erachten es als positiv, dass die Gemeinde Wohlen den zwei Firmen Stutz und Wagner Land verkauft. Ihre Betriebe befinden sich in unmittelbarer Nähe – oder sogar direkt angrenzend – der beiden Parzellen. Der Quadratmeterpreis von Fr. 260.00 kann Freis Wohle nicht beurteilen. Wir haben Vertrauen in die Kompetenz des Gemeinderates.

Fischer Fredy, SVP: SVP und Dorfteil Anglikon unterstützen die Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Käufern Siegfried Wagner, Meisterschwanden, und Bahnhoftaxi Stutz AG, Wohlen.

Der vereinbarte Kaufpreis von Fr. 260.00/m<sup>2</sup> erscheint uns eher am unteren Limit, jedoch als angemessen. Zu einer rhetorisch juristischen Auseinandersetzung unserer Fraktion führte lediglich Artikel 3, Seite 3, im Kaufvertrag „Altlasten“, den wir abschliessend akzeptieren.

Wir hoffen, dass der Gemeinderat mit dieser Einnahme entsprechend den publizierten Presseberichten und deren „Katzenjammer“ haushälterisch umgeht. Unsere Fraktion genehmigt somit diesen Landverkauf einstimmig.

Lanz Christian, FDP: Ein Landverkauf für neues Gewerbe ist sicher etwas Gutes und auch sinnvoll. Doch im ersten Moment erschien uns der Preis von Fr. 260.00 pro m<sup>2</sup> sehr günstig. Nach den ergänzenden Aussagen und Erklärungen der GPK können wir dem Antrag jedoch zustimmen.

Für unsere Gemeinde wären solche Landverkäufe zur Ansiedlung von neuem Gewerbe sicher sinnvoll und auch nützlich - bringen sie doch Arbeitsplätze und Steuergelder.

Unsere Fraktion stimmt dem Antrag zu.

## Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

*Es seien zu genehmigen:*

1. *Kaufvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und Siegfried Wagner, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 3190 im Halte von 1'548 m<sup>2</sup> am Gewerbering, zum Preis von Fr. 260.--/m<sup>2</sup>, total Fr. 402'480.00.*
2. *Kaufvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und der Bahnhoftaxi Wohlen Stutz AG, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 3191 im Halte von 1'500 m<sup>2</sup> am Gewerbering, zum Preis von Fr. 260.--/m<sup>2</sup>, total Fr. 390'000.00.*

wird einstimmig angenommen.

**Bericht und Antrag 10105 betr. Änderungen Abfallreglement**

---

Widmer Reto, GPK-Sprecher: Ich halte dieses Votum an Stelle von Koni Gfeller, welcher heute fe-  
rienabwesend ist.

An der GPK-Sitzung vom 12. August 2004 hat die GPK diesen Bericht und Antrag 10105 eingehend behandelt.

Nach dem „Ja“ im Einwohnerrat über die Gebühreneinführung für Grüngut und Recycling wurde das Referendum ergriffen. Am 08.02.2004 hat der Souverän das Referendum gutgeheissen. Dies ist zu akzeptieren. Das hat zur Folge, dass diese Kosten mit Steuergeldern finanziert werden. Dies belastete die Gemeinderechnung im 2003 mit Fr. 610'000.--. Die Bauverwaltung hat diverse Vorschläge ausgearbeitet, welche bewirken sollen, dass der Fehlbetrag reduziert werden kann.

Diese Änderung des Abfallreglements betrifft als Erstes die Sammelstelle Werkhof, und zum Zweiten die in unserer Gemeinde verteilten Glas-, Weissblech- und Aluminium-Sammelstellen.

Die GPK ist mehrheitlich der Ansicht, dass im Werkhof unserer Bevölkerung eine sehr komfortable und gut geführte Sammelstelle zur Verfügung steht. Sie ist so gut, dass auch Personen aus umliegenden Gemeinden diese Dienstleistung schätzen und rege in Anspruch nehmen. Dies ist sehr lobenswert, aber warum sollen wir Wohler Steuerzahler dies unterstützen? Diverse Kontrollarten wurden in Betracht gezogen, wie z.B. Ausweiskontrollen. Ein Kontrollsystem muss aber am Schluss auch durchführbar sein. Das bedeutet, dass der Aufwand so gering als möglich sein muss, um den grössten Nutzen zu erhalten.

Als Stueurelement ist die Kostenpflichtigkeit einzuführen. Es ist in diesem Fall keine Gebühr. Für die Dienstleistung, dass der Abfall abgenommen und korrekt entsorgt wird, ist ein bescheidenes Entgelt gegen Quittung zu entrichten. Es darf ja nicht sein, dass wenn jemand seine Gartenplatten erneuert, die Allgemeinheit die Entsorgung der alten übernimmt.

Neu wird für Leichtisen, Styropor, Bauschutt, Gips und Eternit ein Entsorgungsentgelt verlangt. Alle anderen Abfälle können nach wie vor kostenlos abgegeben werden. Warum beim Sperrgut im Werkhof nach Gewicht und bei der Strassensammlung nach Volumen bezahlt werden muss liegt daran, dass eine Gewichtsbezogene Strassensammlung bis heute technisch nicht möglich ist.

Wichtig zu erwähnen ist, dass alle, welche diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, diese Kosten gemäss Verursacherprinzip übernehmen müssen (nicht nur Wohler). Somit soll auch die Attraktivität für Auswärtige etwas gemindert werden. Die Frage ob durch die Kostenpflicht nun wieder vermehrt illegal entsorgt wird, darf grundsätzlich mit nein beantwortet werden. Selbstverständlich sterben die Illegal-Entsorger nie aus. Diesen Personen fehlt es an Charakter und sie denken kaum über die Nasenspitze hinaus.

Die Reduktion der Öffnungszeiten von 9,5 auf 5,5 Stunden pro Woche reduzieren die Aufwendungen um min. Fr. 20'000.-

Da die Öffnungszeit gesamthaft um 42 % reduziert wird, stellt sich die Frage, wie lange nun die Wartezeit speziell an den Samstagen sein wird. Zum einen werden die Sammelbehälter für Glas, Weissblech und Aluminium ausserhalb des Werkhofes platziert und durch die Kostenpflicht werden weniger Anlieferer erwartet.

In der GPK wurde auch die Annahme von Pet-Flaschen und Papier in Frage gestellt. Wohlen verfügt über eine hervorragende Papiersammlung, was eigentlich die Annahme von Papier erübrigt. Der Gemeinderat hat jedoch entschieden, weiterhin Papier im Werkhof anzunehmen. Bei den Pet-Flaschen ist es so, dass der Bund eine Rücklaufquote vorschreibt. Soll diese nicht erreicht werden, so wird voraussichtlich wieder das Pfand eingeführt.

Um weitere Kosten zu sparen, wird die Anzahl der Aussen-Sammelstellen von heute neun auf total fünf reduziert. Alle werden fortlaufend auf unterirdische Anlagen umgestellt, analog der Sammelstelle Untere Farnbühlstrasse. Zugleich wird darauf geachtet, dass dafür gemeindeeigener Boden beansprucht wird. Sollte sich erweisen, dass eine weitere Sammelstelle nötig ist, so besteht kein Grund dies nicht zu vollziehen. Eine Reduktion von vier Sammelstellen reduziert die Ausgaben um rund Fr. 20'000.--.

In der GPK wurde die Kostenoptimierung positiv aufgenommen. Die GPK hat der Vorlage mit 4 zu 2 Stimmen zugestimmt.

Müller Christian; Gemeinderat: Die Problematik der bedienten Abfallstelle beschäftigt den Gemeinderat schon seit längerer Zeit, nicht erst seit der Ablehnung der Grüngutgebühren. Bereits im Jahr 2001 hat der Gemeinderat die Kommission für Natur und Umwelt beauftragt, Vorschläge für Kostenoptimierungen zu erarbeiten. Im Rahmen der geplanten Einführung einer Grüngutgebühr wurde aber dieses Thema zurückgestellt. Nun ist es wieder aktuell. Wir meinen, es sprechen genügend Gründe für eine Kostendeckung bei der Entsorgungsstelle:

1. Die steigenden Kosten der Entsorgung.
2. Eine klare Kosten- und Tarifstruktur, welche für Anlieferer und Übernehmer nachvollziehbar ist.
3. Die Benutzung der Entsorgungsstelle durch auswärtige Personen.

Man wirft uns vor, es werde eine neue Gebühr eingeführt. Das ist nicht so. Es geht um die Kostendeckung. Mit der Einführung dieser Kostenerhebung wollen wir die Attraktivität der Entsorgungsstelle schmälern. Es handelt sich hier um eine Dienstleistung. Wo immer man eine Dienstleistung bezieht, muss man dafür bezahlen. Man kann diese Dienstleistung beanspruchen oder auch nicht. Alle Materialien, die neu kostenpflichtig werden, können weiterhin an den Quartiersammelstellen kostenlos entsorgt werden. Bauschutt beispielsweise kann man nirgends gratis entsorgen. Wer Bauschutt durch eine Firma entsorgen lässt, zahlt dafür. Wer ihn in die Entsorgungsstelle bringt, zahlt nichts. Das ist doch nicht gerecht. Darum bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Wyss Martin, SVP: Die SVP hat sich das Bekämpfen jeglicher zusätzlicher finanzieller Belastungen des Bürgers auf die Fahne geschrieben. Damit ist grossmehrheitlich der Fraktionsmeinung der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon Ausdruck gegeben.

Dass der Bürger weitere Belastungen auch nicht toleriert, ist in den vergangenen Volksabstimmungen überaus klar kommuniziert worden. Trotzdem sind in unserer Diskussion differenzierte Meinungen ausgetauscht und heftig vertreten worden.

Dass das neue Reglement keineswegs eine Kostenneutralität ausweisen kann, erscheint zum voran klar. Aus diesem Grunde sind auch Voten zu Privatisierung des Themas Abfallentsorgung gefallen. Bereits heute gibt es dazu funktionierende Beispiele, wie es unter anderem in Reinach AG umgesetzt ist.

Zum vorliegenden Bericht und Antrag 10105 kann unsere Fraktion aus den erwähnten Gründen in dieser Art und Weise grossmehrheitlich nicht ja sagen.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Dieser Bericht und Antrag 10105 stösst bei der CVP Fraktion auf Ablehnung.

Wie im Bericht und Antrag geschrieben, waren bei der Abstimmung über 70 % der Wohler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen die Einführung von Grüngut- und Recyclinggebühren. Auch wenn die Entsorgungskosten steigen werden, sind wir der Meinung, dass der Souverän in der Abstimmung klar statuiert hat, wie die Entsorgungskosten finanziert werden sollen. Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum kaum ein halbes Jahr später erneut etwas an dieser Gebühr geändert werden soll. Es ist richtig, dass die Entsorgungsstelle eine hervorragende Dienstleistung bietet und damit eine fachgerechte Entsorgung gewährleistet ist. Wir sind aber der Meinung, dass das jetzige System keiner Änderung bedarf, gerade weil nicht nachgewiesen ist dass die vorgeschlagene Version eine massive Finanzentlastung ergibt, im Vergleich zum Mehraufwand der durchs Wägen und andere administrative Tätigkeiten entsteht. Unserer Meinung nach werden durch die genaue Erfassung die Wartezeiten massiv verlängert, was automatisch nach einem grösseren Personalbedarf während den Öffnungszeiten ruft, um dem Andrang gerecht zu werden. Jeder von Ihnen hat sicherlich schon einmal bei der Wohler Entsorgungsstelle Abfall entsorgt und hat gesehen, dass es dort zu und her geht wie in einem Wespennest. Nicht schematisch aber effizient. Das Abfall-Volumen wird auch bei Kürzung der Öffnungszeiten nicht weniger werden und da ist eben Effizienz gefragt und nicht Verwaltung. Noch einmal, durch die genaue Erfassung der Abfälle ist unserer Meinung nach keine massive Verbesserung ersichtlich. Im Weiteren befürchten wir, dass durch das Verlangen von Entsorgungsgebühren vermehrt wieder der wilden Entsorgung der Vorzug gegeben wird und das ist sicherlich nicht im Sinne dieser Sache.

Wenn man schon von einer Finanzentlastung spricht, wäre es eher angebracht, in den Wintermonaten, wo einiges weniger an Grüngut anfällt, den Sammelrhythmus der Grünabfuhr dem effektiven Aufkommen anzupassen. Dies ist nur ein Beispiel wie Kosten gesenkt werden könnten. Es gibt sicherlich noch andere Möglichkeiten oder Ansätze, um den wachsenden Entsorgungskosten der Gemeinde entgegen zu treten. Wenn Personen aus umliegenden Gemeinden, wie im Bericht und Antrag erwähnt, die Abfälle in die Wohler Entsorgungsstelle bringen, so sind wir der Meinung, dass dies durchaus den jeweiligen Personen belastet werden sollten. Eventuell wäre eine Grundgebühr für die Benützung angebracht, um die Attraktivität der Entsorgungsstelle Wohlen zu senken sodass diese Leute Ihre Abfälle wieder in den eigenen Wohngemeinden entsorgen. Wie diese Gebühren festgelegt werden sollten, ist Sache des Gemeinderates. Wir sind der Meinung, dass die Öffnungszeiten denjenigen der umliegenden Gemeinden angepasst werden sollten. Auch sind wir der Meinung, dass die, wie im Bericht und Antrag erwähnt, auf die 5 Standorte reduziert werden sollten, damit diese auf gemeindeeigenem Areal betrieben werden können.

Zusammengefasst gesehen bedarf es keiner Reglementsänderung also empfehlen wir diesen Bericht und Antrag abzulehnen. Anpassungen der Standorte sowie eine eventuelle Gebühr für auswärtige Personen sind im Kompetenzbereich des Gemeinderates und sollten umgesetzt werden.

Meier Maya, Freis Wohle: Auch Freis Wohle ist nicht ganz glücklich über die Vorlage. Insbesondere, da die vergangene Abstimmung über die Einführung der Grüngut- und Recyclinggebühr massiv abgelehnt wurde. Ich persönlich unterscheidet aber ganz klar zwischen Grüngut und Kehricht. Beim Kehricht oder beim Bauschutt bin auch ich der Meinung, dass es nach dem Verursacherprinzip verrechnet werden soll. Da ist zum anderen auch noch die Sache mit den Auswärtigen, welche vom Angebot unserer Versorgungsstelle profitieren. Das ist nicht in Ordnung.

Dass wir gleichzeitig Gebühren einführen und das Angebot reduzieren, darüber kann man sicher diskutieren. Vielleicht ist es ganz einfach eine Kompromisslösung, da wir ansonsten noch höhere Gebühren haben müssten. Freis Wohle wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Neeser Kurt, FDP: Gemäss Antrag sind auch wir der Meinung, dass die Recycling-Abfälle von den Verursachern bezahlt werden müssen. Denn für die meisten Recycling-Abfälle bezahlen wir schon beim Kauf eine Gebühr. Das sollte uns dazu bewegen, diese Abfälle bei den Verkaufsstellen zu entsorgen, z.B. Auto- und LKW-Batterien, Unterhaltungselektronik, usw. Wenn wir uns daran halten, gibt es für das eigene Portemonnaie keine grösseren Auslagen. Was aus der Kostenaufstellung zu wenig ersichtlich ist, sind die Kosten für Gewerbe sowie Auswärtige. Es kann ja nicht sein, dass Garagen ihr Altöl und Restaurants ihr Frittieröl gratis entsorgen können, da die Menge unbegrenzt ist. Wir hoffen, dass die Sammelstellen für Glas, Weissblech sowie Alu beibehalten werden. Auch wollen wir es nicht unterlassen, dem Bauamt für die Betreuung und Sauberhaltung der Entsorgungsstellen zu danken.

Die FDP Fraktion wird sich zu diesem Bericht und Antrag ziemlich ausgeglichen verhalten.

Warum werden einzelne Sammelstellen geschlossen, beispielsweise diejenige an der Bremgartrasse?

Muff Sepp, SP: Grundsätzlich erachte ich es als richtig, für eine Dienstleistung zu bezahlen. Was mich aber stört, ist die Tatsache, dass ich als Wohler Einwohner auch für Auswärtige zahlen muss. Das ist der Grund für diese Vorlage. Es darf doch nicht sein, dass auswärtige Personen, selbst solche vom Mutschellen, in unserer Gemeinde ihren Abfall gratis entsorgen. Einige Tarifpositionen sind noch diskutierbar. Wenn ich beispielsweise zum Tarif von Fr. 0.50/kg Gartenplatten entsorgen will, kostet das wohl mehr als der Anschaffungspreis der Platten. Mir ist nicht wohl bei dieser Situation, wenn ich weiss, dass ich für Auswärtige zahlen muss. Es ist meine persönliche Meinung, nicht diejenige der SP-Fraktion. Ich weiss einfach nicht, wie ich hier entscheiden soll. Einverstanden bin ich damit, dass man die Anzahl der Entsorgungsstellen reduziert.

Müller Christian, Gemeinderat: Es geht hier nicht nur darum, das Problem mit den Auswärtigen zu lösen. Wir möchten generell die Kosten unter Kontrolle bringen. Die Gemeinde will hier kein Geschäft machen. Es geht nur darum, die effektiven Kosten zu decken. Bei der Gebührenfestlegung gehen wir von Mittelwerten aus. Wir wollen den Bezug kundenfreundlich gestalten. Die Befürchtungen, der Aufwand für die Entsorgungsstelle nehme mit dem Gebührenbezug zu, stimmen nicht. Der Aufwand dürfte sich im bisherigen Umfang halten. Der Gemeinderat hat die Abstimmung über die Grüngut- und Recyclinggebühr auch analysiert. Wir sind der Meinung, dass das Grüngut den Ausschlag für den negativen Volksentscheid gab. Gegen die Recyclinggebühr haben wir keine Opposition gehört. Die Befürchtungen, dass das wilde Entsorgen nach Einführung der Gebühr zunimmt, treffen auch nicht zu. Ähnliche Befürchtungen wurden vor 12 Jahren bei der Einführung der Kehrrechtgebühr laut. Diese sind aber nicht eingetroffen. Gewiss gibt es ein paar schwarze Schafe, die wird es aber immer geben. Viele Auswärtige benützen die unentgeltliche Entsorgungsstelle. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne diese abweisen. Der Kontrollaufwand wäre viel zu gross. Die Personen wehren sich gegen Personenkontrollen. Das Personal der Entsorgungsstellen kann nicht Polizei spielen. Die Begründungen und Ausreden, welche solche Personen vorbringen, kennen keine Grenzen. Würden alle diese Personen in Wohlen wohnen, hätten wir einen bedeutend höheren Steuerertrag.

Für das Gewerbe ist die Entsorgungsstelle grundsätzlich nicht vorgesehen. Das Gewerbe muss seinen Abfall auf andere Weise entsorgen.

Die Reduktion der Anzahl Grüngutsammlungen kann vielleicht für ländliche Gemeinden ein Thema sein. Für unsere Agglomeration ist das aber nicht denkbar. Ein längeres Aufbewahren von Grüngut kann zu Geruchsmissionen führen. Ferner finden Gärungen statt, welche von den Abnehmern des Grüngutes nicht geschätzt werden. Es macht also keinen Sinn, die Abfuhr nur alle 14 Tage oder alle Monate durchzuführen. Wir haben übrigens zu diesem Thema bereits früher in der Beantwortung eines Postulats Stellung genommen und dargelegt, dass der Einspareffekt sehr gering ist.

Bertschi Bruno, SVP: Der Schweizer bezahlt heute zusätzlich zu seinen Steuern noch etwa 30 % des Steuerbetrages als Gebühren. Das muss einmal aufhören. Meines Erachtens muss die Gemeinde das entsorgen, was in einem Haushalt üblicherweise anfällt. Bauschutt gehört beispielsweise nicht dazu. Warum kommt der Gemeinderat nicht auf die Idee, die Entsorgung von Abfällen, die nicht generell in einem Haushalt anfallen, zu privatisieren? Es hat in unserer Region genügend Verwertungsbetriebe. Und ob tatsächlich eine Stelle eingespart werden kann, glaube ich erst wenn es Tatsache ist.

Weber Roger, CVP-CSP: Es wird argumentiert, dass es schwierig sei, die Auswärtigen ausfindig zu machen und von den Wohlern zu unterscheiden. Im vorgelegten Gebührentarif hat es jedoch bei der Unterhaltungs- und Büroelektronik eine Position „Auswärtige“. Weshalb ist die Unterscheidung hier möglich?

Müller Christian, Gemeinderat: Für die Entsorgung von Unterhaltungselektronik gibt es verschiedene Stützpunkte. Wohlen ist ein solcher Stützpunkt. Wir sind verpflichtet, von den zugeordneten Gemeinden die Entsorgung von elektronischen Geräten zu übernehmen. Diese werden von unserem Personal entgegengenommen, palletiert und einer Entsorgungsfirma überwiesen.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Die Öffnungszeiten der Entsorgungsstelle sollen eingeschränkt werden. Ich glaube nicht, dass dabei Personal reduziert werden kann, wenn man bedenkt, dass die anfallende Ware noch gewägt werden muss.

Dörig Werner, FDP: Der Gemeinderat sagt, das umfassende Angebot an Entsorgungsmöglichkeiten sei nicht nur in unserer Gemeinde, sondern in einer weiteren Region bekannt und werde von diesen Leuten gerne genutzt. Nun sagt aber § 2 unseres Abfallreglements, dass sämtlicher auf Gemeindegebiet anfallender Siedlungsabfall zu entsorgen sei. Der Gemeinderat Wohlen hat also ein Vollzugsproblem. Er hat das Problem, die Entsorgungsstelle so zu betreiben, dass nur Wohler Steuerzahler in den Genuss des Dienstes kommen.

Becker Doris, Freis Wohle: Trotz aller Bedenken, welche man gegenüber dieser Vorlage haben kann, geht es letztlich darum, die enormen Kosten zu senken. Geben wir also dieser Vorlage eine Chance. Ich vertraue darauf, dass Personen mit gesundem Menschenverstand am Werk sind. Sicher werden mit der Praxis noch Verbesserungen zu erzielen und Arbeitsabläufe zu optimieren sei. Ich werde der Vorlage zustimmen.

Zulauf Ruedi, EL & Grüne: Wir stimmen hier nicht über die Anzahl der Entsorgungsstellen ab. Das ist Sache des Gemeinderates. Persönlich bin ich der Meinung, dass man die Anzahl nicht reduzieren soll, doch das wird der Gemeinderat bald selber merken.....

Bertschi Bruno, SVP: Ich erwarte noch eine Stellungnahme des Gemeinderates zur Idee, gewisse Abfallentsorgungen zu privatisieren. Dann sind nämlich verschiedene Probleme, die heute Abend diskutiert wurden, vom Tisch.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich bin überzeugt, dass die Abfallentsorgung bei einer Privatisierung nicht billiger wird. Ich kenne die Kosten der Gemeinde. Ein privater Unternehmer müsste wohl noch mit höheren Kosten rechnen. Bei einem Privaten wäre man offenbar bereit zu bezahlen, nicht aber bei der Gemeinde. Das ist eine sonderbare Haltung von Bruno Bertschi.

Noch eine Bemerkung zu den Quartiersammelstellen: Wir kennen die Mengen, welche an den einzelnen Sammelstellen anfallen. Dabei stellten wir fest, dass einzelne nur sehr wenig frequentiert werden. Weiter haben wir bei gewissen Sammelstellen Reklamationen wegen Lärmemissionen. Und schliesslich möchten wir alle Quartiersammelstellen auf eigenem Land einrichten, und zwar unterirdisch.

Der Gemeinderat hat kein Vollzugsproblem. Ich lade Sie ein, einmal einen halben Tag bei der Entsorgungsstelle anwesend zu sein. Dann werden sie feststellen, dass eine Personenkontrolle schlicht nicht möglich ist.

Wir sind überzeugt, dass kein zusätzlicher Arbeitsaufwand entsteht. Durch die Reduktion der Öffnungszeiten wird die Sammelstelle weniger attraktiv. Zudem werden die Teile der Sammelstelle, welche unentgeltlich sind, aus dem Areal ausgelagert. Dafür braucht es keine Bedienung.

Muff Sepp, SP: Für Bruno Bertschi spielt es offensichtlich keine Rolle, wenn er für eine privatisierte Entsorgung bezahlen muss. Hingegen wehrt er sich gegen eine Bezahlung, wenn die Entsorgung von der Gemeinde durchgeführt wird. Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde mit ihren Angestellten das Problem besser löst, denn die Privaten haben andere Interessen. Im Weiteren bin ich nach wie vor der Meinung, dass die auswärtigen Benutzer die Entsorgung zahlen sollen. Für die Einheimischen sollte es unentgeltlich sein. Ich bin enttäuscht, dass der Gemeinderat in dieser Richtung nichts unternommen hat.

Bertschi Bruno, SVP: Bis vor zwei Jahren haben wir unseren Container mit einer Gebührenmarke von Fr. 48.00 an die Strasse gestellt. Dann ist die Firma Erismann gekommen und hat den Container für Fr. 36.00 gelehrt. Dann hat die Gemeinde dies offenbar gemerkt und nun zahlen wir bei ihr auch weniger. Dies zum Thema Privatisierung. Die Debatte zeigt, dass die Vorlage unausgewogen ist. Ich lade den Gemeinderat ein, das Geschäft zurückzuziehen und dieses nochmals zu überdenken.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Mit welchem Ertrag rechnet der Gemeinderat aus den neuen Gebühren?

Meier René, Gemeinderat: Offenbar fehlen Bruno Bertschi die Argumente gegen diese Vorlage. Seine Idee des Privatisierens erstaunt mich. Bei einer Privatisierung der Entsorgung kostet es Geld. Bei einer Privatisierung hat der Politiker nichts mehr zu sagen. Wenn die SVP sagt, sie sei gegen jede zusätzliche Gebühr, so mag das wohl vertretbar sein. Ich finde es aber nicht richtig, dass der eine für die Entsorgung seiner Gartenplatten etwas zahlt, und der andere sie unentgeltlich in den Werkhof bringen kann. Gerech ist, wenn der Verursacher für die Kosten aufkommt. Wir haben hier eine gute und notwendige Vorlage. Ich bitte Sie, hier ein Zeichen zu setzen. Wir können nicht nur immer ausgeben, wir brauchen auch Einnahmen.

Müller Christian, Gemeinderat: Die Gebühr von Fr. 48.— für eine Containerleerung stimmte seinerzeit. Diese Gebühr galt aber nur bis zur Einführung der gewichtsabhängigen Gebühr. Seit dieser gewichtsabhängigen Gebühr können die meisten Container günstiger entsorgt werden. Im Übrigen hat die Firma Erismann etwas Verbotenes getan. Das wurde selbst vom Bundesgerichts so festgestellt. Die Entsorgung obliegt der Gemeinde. Diese Aufgabe kann nicht irgend ein Unternehmer wahrnehmen.

Ich kann nicht zum Voraus sagen, wie gross der Ertrag aus der Kostenpflicht sein wird. Wir reden hier nicht von enormen Summen. Es kann sich vielleicht um die Fr. 20 000.— handeln.

## **Abstimmung**

Der Einwohnerrat lehnt den gemeinderätlichen Antrag 12 ja gegen 21 nein ab (1 Enthaltung).

Der Beschluss des Einwohnerrates lautet somit:

Ablehnung der Änderung des Abfallregelementes (Gebühren für bediente Entsorgungsstelle)

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Finanzplan ist kein mehrjähriges verbindliches Budget. Die wirksamen Entscheide fallen mit den Beschlüssen zu konkreten Kreditvorlagen und mit den Voranschlägen.

### **Grundlagen**

Der vorliegende Finanzplan basiert auf dem Voranschlag 2004 und auf der Rechnung 2003 mit einer verzinslichen Nettoschuld von 12,5 Mio. Franken. Ebenfalls berücksichtigt ist der Voranschlag 2005, so wie ihn der Gemeinderat dem Einwohnerrat zugestellt hat.

### **Allgemeine Wirtschaftslage**

Siehe Seite 3. Die Wirtschaftsprognosen sind gesamthaft eher positiv.

### **Auswirkungen kantonaler Politik**

Wichtige Punkte:

- Die Erfahrungen mit dem seit 1. Januar 2001 in Kraft getretenen neuen Steuergesetzes haben gezeigt, dass die Budgetierung der Steuereinnahmen schwieriger geworden ist. Wirtschaftliche Veränderungen schlagen sich schneller nieder als beim alten Steuergesetz.
- Verschiedene Reformprojekte stehen an, deren Einfluss auf die Gemeinde eher belastend ist.
- Fakt ist, dass die gesetzlich verankerten Gemeindebeiträge an den Kanton für die Bereiche Sonderschulung, Berufsbildung, Spitäler, Sozialversicherungen, Oeffentlicher Verkehr und Sozialhilfeleistungen von 2000 – 2005 von Fr. 5,7 Mio. um Fr. 3,2 Mio. auf Fr. 8,9 Mio. angestiegen ist. Dies ist der Hauptgrund, weshalb der Handlungsspielraum der Gemeinde stetig kleiner geworden ist.

### **Steuerfuss**

Aufgrund der negativen 1. Volksabstimmung betreffend dem Voranschlag 2004 im letzten Jahr wird im Finanzplan mit dem zur Zeit gültigen Steuerfuss von 105 % gerechnet. Dieser liegt um 4 % unter dem Kantonsmittel 2001 von 109 %. Einzig aufgrund des erwarteten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums wird mit höheren Steuereinnahmen gerechnet.

### **Finanzielle Ausgangslage**

Bei der Beurteilung der finanziellen Lage verweise ich auf Seite 4. Daraus ersehen Sie, dass die Eigenfinanzierungskraft unserer Gemeinde schwach ist.

### **Rahmenbedingungen**

Durch die klare Ablehnung der Steuerfusserhöhung im letzten Jahr und die Ablehnung einer Gebühr für Grüngutbeseitigung und Recycling hat das Volk Leitplanken gesetzt, an welchen sich der Gemeinderat und auch der Einwohnerrat zu orientieren haben. Das heisst, dass bei den laufenden Ausgaben soweit als möglich Zurückhaltung geübt werden muss. Das heisst weiter, dass die im letzten Finanzplan vorgesehenen Investitionen zeitlich nicht so umgesetzt werden können, wie ursprünglich vorgesehen.

### **Finanzpolitische Ziele**

Der Gemeinderat formulierte klare finanzpolitische Ziele. Siehe Seite 5.

### **Wesentliche Veränderungen gegenüber dem letzten Finanzplan**

Wie aus dem Investitionsprogramm zu ersehen ist, hat der Gemeinderat Prioritäten gesetzt.

## Schlussfolgerung

Der Gemeinderat will die künftige Finanz- und Investitionspolitik an den selber definierten finanzpolitischen Zielen ausrichten. Nach dem Investitionsschub in den Jahren 2003 und 2004 muss in den Folgejahren Zurückhaltung geübt werden. Es zeigt sich heute, dass die Beurteilung des Gemeinderates, welche im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2004 gemacht wurde, rein finanzpolitisch betrachtet, richtig war.

Der finanzpolitische Spielraum der Gemeinde Wohlen ist sehr, sehr klein. Es gilt für den Gemeinderat und den Einwohnerrat das Bestmögliche daraus zu machen.

Wiederkehr Peter, Präsident der Finanzkommission: Die Rechnung 2003 sah im Vergleich zur heutigen Finanzlage noch sehr gut aus. Die Steuereinnahmen waren besser als erwartet.

Der Massgebende Restbuchwert per 21. Dezember 2003 betrug Fr. 8.8 Mio. (Verwaltungsvermögen). Dieser Betrag sagt aus wie gross das Vermögen der Gemeinde ist.

In den Jahren 2004 + 2005 müssen noch keine vorgeschriebenen Abschreibungen getätigt werden, da immer noch ein Restvermögen vorhanden ist.

Im Jahr 2006 müssen wir schon Fr. 547'000.00 abschreiben. In den Jahr 2007: Fr. 670'000.00 und 2008: Fr. 629'000.00. Dies ist ersichtlich im Finanzplan auf Seite 21. Das heisst, die Rechnung 2003 hat sich innerhalb von 4 Jahren um Fr. 15 Mio. verschlechtert.

Die Zahlen sagen aus, dass sich der finanzielle Spielraum massiv verändert hat und dies nicht zum Positiven.

Wir haben das Silbergeschirr verkauft, z.B. IBW, Paul und Walser Stiftung. Trotzdem reicht es überhaupt nicht, um einen ausgeglichenen Haushalt zu führen und eine Besserung der finanziellen Lage ist in den nächsten Jahren kaum zu erreichen, da im Jahre 2008 immer noch Fr. 6.2 Mio. Schulden da sind.

Die verzinsliche Nettoschuld pro Einwohner betrug im Jahre 2004 Fr. 1'707.00 und stieg bis im Jahre 2008 auf Fr. 2'034.00 an. Das heisst, wir haben eine Zunahme von Fr. 327.00 oder 10 %.

Dieser finanzielle Druck wirkt sich auch auf das Investitionsprogramm aus, wie beispielsweise die Schwimmbad-Sanierung, welche mit Fr. 2.5 Mio. nur kosmetisch ist oder die Kunsteishalle mit rund Fr. 3 Mio.

Fazit: Die Finanzlage der Gemeinde Wohlen sieht auf Grund des Finanzplanes nicht rosig aus.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die allgemeine Lage wird von der Finanzkommission gleich wahrgenommen wie vom Gemeinderat. Bezüglich des Verkaufs des sogenannten Silbergeschirrs beurteilen wir es allerdings nicht gleich. Man muss wissen, dass die Gemeinde 100 % Eigentümerin der Aktien der IB Wohlen AG ist. Die Überführung der IBW in eine Aktiengesellschaft hat allerdings die Situation für die Gemeinde in Sachen Investitionen verbessert. Das Paul Walser-Areal ist der grösste Beitrag, der von zwei Vereinen an das Sportzentrum Niedermatten geleistet worden ist. Man kann davon ausgehen, dass etwa 80 % auf den Fussballclub und etwa 20 % auf den Tennisclub entfallen. Was eine allfällige Steuerfusserhöhung anbelangt, kennen wir die Geschichte. Man will in Wohlen ganz klar keine Steuerfusserhöhung auf Vorrat. Bezüglich eines allfälligen Leistungsabbaus haben wir soeben mit Ihrer Ablehnung der Änderung des Abfallreglementes ein Beispiel durchexerziert.

Bei den Netto-Investitionen haben wir von 2000 auf 2005 einen Anstieg von Fr. 20.9 auf 27.9 Mio., das sind Fr. 7 Mio. Beim Wahlbedarf beträgt der Anstieg im gleichen Zeitraum lediglich

Fr. 500'000. Den grössten Anteil an dieser Erhöhung machen das Casino und das Sportzentrum Niedermatten aus. Der Spielraum ist also sehr bescheiden. Man könnte höchstens etwa auf die Idee kommen, den Ortsbus abzuschaffen. Das dürfte aber ein schwieriges Unterfangen sein.

Den Steuerertrag haben wir vernünftig optimistisch budgetiert. Mehr liegt nicht drin. Wir können nur hoffen, dass es der Wirtschaft besser gehen wird.

Jauslin Matthias, FDP: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Gemeinderat für den Finanzplan. Der Finanzplan ist ein wichtiges Planungsinstrument für die Gemeinde. Wir begrüssen ausserordentlich, dass sich der Gemeinderat ganz klare finanzpolitische Ziele gesetzt hat. Dass keine Änderung des Steuerfusses, weder nach oben noch nach unten geplant ist, liegt deckungsgleich auf der Linie unserer Fraktion. Die Fraktion beurteilt den Finanzplan jedoch als zu pessimistisch. Es erscheint der Eindruck, als würde der Entscheid des Volkes, den Steuerfuss nicht zu erhöhen, vom Gemeinderat als falsch erachtet. An sehr empfindlichen Stellen wird nämlich die Sparschraube angesetzt. Es fehlt an politischer Weitsicht. So könnten durch Investitionen im Sanierungsbereich kurzfristig Einsparungen erzielt werden. Das würde den Finanzplan entlasten. Beispiele sind die Wasseraufbereitungsanlage beim Schwimmbad oder die Heizung im Junkholz. Mit Sanierungen könnten auch im Energiebereich Einsparungen erzielt werden und es wären auch weniger Reparaturen nötig. Im Finanzplan finden wir jedoch ein Hinausschieben von längst fälligen Sanierungen. Der Auftrag für rasche Sanierungen wurde dem Gemeinderat erteilt. Doch hatten andere prestigeträchtige Objekte den Vorrang. Eigentlich müsste die Investitionsplanung so gesteuert werden, dass die Anlagen über alle Jahre ordnungsgemäss unterhalten und später auch erneuert werden können. Sanierungsbedürfnisse, die zuerst anstehen, sollten auch zuerst erledigt werden. Sonst wird der Berg von Unerledigtem zu gross.

Andererseits fällt im Finanzplan auf, dass der Netto-Aufwand weiterhin ansteigt. Offenbar kann man diesen Trend immer noch nicht stoppen. Das erachtet unsere Fraktion als falsch. Mit gezielten Effizienzsteigerungen im Wahlbereich und im Verwaltungsbereich sollte der Netto-Aufwand stabilisiert werden. Nur so werden die Mittel für Abschreibungen und Amortisationen frei. Abschiebungen von Auslagen seitens Kanton und Bund überraschen nicht. Solche sind einzuplanen. Auf der anderen Seite entstehen daraus ja auch Entlastungen. Die Fraktion FDP bittet den Gemeinderat, den Finanzplan insbesondere bezüglich anstehender Sanierungsaufgaben nochmals zu hinterfragen. Wir bitten den Gemeinderat auch, die Problematik des steigenden Netto-Aufwandes zu überwachen und Korrekturen vorzunehmen. Eingebaute Budgetreserven sind zu vermeiden. Die Ausgaben müssen konsequent den Einnahmen angepasst werden. Mit diesen Worten nehmen wir den Finanzplan zur Kenntnis.

Fricker Matthias, CVP-CSP: Auch unsere Fraktion nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Es liegt hier das Ergebnis der abgelehnten Steuerfusserhöhung vor. Wir sehen, dass die Finanzlage sehr angespannt ist. Wir können keine grösseren Investitionen vornehmen. Wir bedauern diese Situation. Es sind zwar in den vergangenen Jahren gute Investitionen gemacht worden, die zur Attraktivitätssteigerung unserer Gemeinde beigetragen haben. Auf der anderen Seite haben wir in den kommenden Jahren keinen Platz mehr für weitere Investitionen. Wir hoffen, dass Einwohnerrat und Gemeinderat aus dieser Situation das Beste machen werden. Zu bedauern ist auch, dass im Bereich Wahlbedarf nicht mehr viel möglich ist.

Becker Doris, Freis Wohle: Auch die Fraktion Freies Wohle hat den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Er zeigt auf, was eigentlich zu erwarten war, wir haben praktisch keinen finanziellen Spielraum mehr. Wir danken den Personen, die an diesem Finanzplan gearbeitet haben. Wir schätzen es ausserordentlich, Jahr für Jahr dieses aktualisierte Orientierungsmittel zu erhalten. Matthias Jauslin hat vorher gesagt, dass man mit einer neuen Heizung im Junkholz Geld sparen würde. Das stimmt schon, doch braucht es dafür auch noch bauliche Massnahmen, und dafür fehlt uns das Geld.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Matthias Jauslin sagt, man könne Einsparungen machen wenn man rechtzeitig in Sanierungen investiere, beispielsweise Heizung Junkholz. Wir haben Ihnen ja eine Vorlage unterbreitet für den Einbau einer Schnitzelheizung. Die Vorlage wurde von Ihnen zurückgewiesen. Erst kürzlich haben wir wieder vom Förster gehört, wie wichtig es wäre, wenn mehr Schnitzelheizungen betrieben würden. Zudem haben wir auch auf Fr. 300 000.– Subventionen in diesem Zusammenhang verzichtet.

Im Finanzplan sind im Weiteren keine Budgetreserven eingebaut. Ich möchte noch, dass mir Matthias Jauslin sagt, welche Prestigebauten wir erstellt haben.

Jauslin Matthias, FDP: Auf die Frage der Prestigebauten will ich keine Antwort geben. Bezüglich Reserven verweise ich auf den Steuerertrag. Es wird von einem Betrag von Fr. 1 700.– pro Einwohner ausgegangen, dieser Betrag wurde aber bereits letztes Jahr erreicht. Im Weiteren ist bekannt, dass die Rechnungen in den letzten Jahren immer besser abgeschlossen haben als die Budgetierungen. Also müssen doch irgendwo Reserven enthalten sein. Die Vorlage betreffend Schnitzelheizung liegt 6 oder 7 Jahre zurück. Wir haben damals dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, eine mehrheitsfähige Vorlage vorzulegen. Inzwischen ist 6 Jahre nichts passiert. Es ist deshalb heute fehl am Platz, uns vorzuwerfen, wir hätten Fr. 300'000.00 verschenkt. Ins gleiche Thema geht die Sanierung der Badi. Auch hier haben wir verlangt, dass der Gemeinderat eine mehrheitsfähige Lösung vorschlägt. Inzwischen ist nichts passiert. Es wurden gesagt, wir können die Investitionen nicht tragen. Aber irgend einmal müssen wir die anstehenden Sanierungen durchführen. Diese dürfen nicht einfach hinausgeschoben werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Was bedeutet denn „mehrheitsfähige Vorlage“? Aus den Diskussionen im Einwohnerrat zu den Vorlagen betreffend Badi Sanierung geht nämlich nicht hervor, was die Mehrheit des Einwohnerrates denn wollte. Im Weiteren möchte ich gerne von Matthias Jauslin noch eine Antwort, was er meint mit „Prestigebauten“.

## Detailberatung

*Seite 3*

Hartmann Karl, FDP: Auf Seite 3 unten steht, dass im Jahr 2002 in Wohlen ein Steuerertrag von Fr. 1'788.00 pro Einwohner resultierte. Weshalb hat man hier nicht die Zahl des Jahres 2003 genommen, welche wesentlich höher liegt?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Es ist tatsächlich so, dass im Zeitpunkt der Erstellung des Finanzplanes seitens des Kantons erst die Zahlen 2002 verfügbar waren.

*Seite 8*

Furter Fabian: Bei der Bezirksschule Halde besteht ein nachweislicher Bedarf nach Aufenthalts- und Arbeitsräumen für Schülerinnen und Schüler. Im Finanzplan ist keine diesbezügliche Investition geplant bis ins Jahr 2009. Ich bedaure diese Situation ausserordentlich. Ich möchte aber den Vorwurf nicht an den Gemeinderat richten, sondern an die Kräfte in diesem Rat, die dazu beigetragen haben, dass der Steuerfuss nicht erhöht werden konnte.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Von einem solchen Wunsch habe ich kürzlich seitens Eltern anlässlich einer Besprechung im Haldenschulhaus gehört. Zurzeit liegt beim Gemeinderat kein solches Begehren vor. Es ist aber kaum anzunehmen, dass ein solches Chancen auf Erfolg hätte

bei der heutigen Finanzlage. In Sachen Infrastruktur für die Schulen wurde in den letzten Jahren sehr viel getan.

Meier Erwin, Gemeinderat: Es lag ein Begehren vor, man möchte den Schwimmkeller des Schwimmclubs Freiamt umbauen. Dieser Club benützt diesen Raum schon seit Jahren. Wenn man diesen Raum in Schulraum umwandeln möchte, würde das sehr viel Geld kosten. Wir haben auch keine Veranlassung, dem Verein den Raum wegzunehmen. Ich habe allerdings mit erstaunen feststellen müssen, dass im Laufe dieses Jahres sowohl in der Primarschule wie auch in der Bezirksschule je ein Schulraum für andere Zwecke umgenutzt werden konnte. Daraus schliesse ich, dass noch gewisse Raumreserven vorhanden sind.

Dubler Walter, Gemeindegammann: Die Aussagen von Gemeinderat Erwin Meier möchte ich in dem Sinne ergänzen, dass die beiden in der Schulanlage Halde umgenutzten Räume einer sinnvollen Nutzung zugeführt wurden. Sie dienen heute der Schulleitung. Beide könnten nicht als Schülersaufenthaltsräume zur Verfügung gestellt werden.

Keusch Marianne, El & Grüne: Unter dem Kapitel Verkehr wird einem sehr schnell klar, dass Kreisel offensichtlich die zukünftige Lösung unserer Verkehrsprobleme sind. Der motorisierte Verkehr soll möglichst reibungslos durch unser Dorf kreiseln können. Kreisel können sehr gut mit Schönheitsoperationen verglichen werden. Fängt man einmal damit an, kann man fast nicht mehr aufhören.

Keller Anna, El & Grüne: Es leuchtet mir ein, dass die Gemeinde zur Zeit wenig Geld zur Verfügung hat für die Sanierung der Kunsteisbahn. Ich frage mich aber, ob es nicht möglich wäre, mit den umliegenden Gemeinden zusammen ein Projekt zu starten. Im Unterschied zum Schwimmbad besteht nur in sehr wenigen Gemeinden eine Kunsteisbahn, unsere ist in der weiteren Region allein. Es ist unbestritten, dass sie sanierungsbedürftig ist. Es wäre sinnvoll, verschiedene Wege der Sanierung zu prüfen. Es wäre möglich, je nach Herkunft der Leute verschiedene Preise zu verlangen. Das Hallenbad Mellingen beispielsweise gehört der Gemeinde Mellingen, doch bezahlt die Gemeinde Mägenwil jährlich einen Beitrag daran. Dementsprechend erhalten die Einwohner von Mägenwil auch günstigere Tarife.

Dubler Walter, Gemeindegammann: Wir haben zur Zeit zwei Kreisel in unserem Gemeindegebiet, einer beim Bären, der andere im Boll. Beide funktionieren ausgezeichnet. Man kann sich nicht vorstellen, wie sich der Verkehr ohne diese beiden Kreisel abwickeln würde. Die Kreisel sind Bestandteil unseres Verkehrskonzepts. Im weiteren ist der Kanton massgeblich daran beteiligt. Wenn wir nicht mehr mitmachen wollen, wird uns der Kanton noch so gerne aus dem Programm streichen. Betreffend Kunsteisbahn hat Anna Keller sehr interessante Gedanken geäussert. Solche Ideen werden aktuell, sobald in der Kunsteisbahn Investitionen nötig sind, die über die Betriebsaufrechterhaltung hinausgehen.

Furter Fabian, SP: Betreffend Schwimmbadsanierung verstehe ich sehr wohl, dass zur Zeit das Geld fehlt und der Kredit reduziert wird. Was ich nicht verstehe ist, dass die Projektierung und die Sanierung des Kiosks vorgezogen werden. Wird die bereits eingesetzte Projektgruppe nächstes Jahr zu diesem Zweck reaktiviert?

Meier Erwin, Gemeinderat: Die Gruppe hat seinerzeit ihre Arbeit sehr gut gestartet. Sie wurde dann unterbrochen. Wenn wir nächstes Jahr mit der Projektierung starten, wird diese Gruppe ihre Arbeit wieder aufnehmen und ganz bestimmt auch ein gutes Ergebnis abliefern. Der Lebensmittelinspektor hat den Kiosk inspiziert. Damit der Betrieb nächstes Jahr aufrechterhalten werden kann, müssen gewisse Massnahmen getroffen werden. Bei einer definitiven Sanierung ist das dafür investierte Geld allerdings verloren. Während der vergangenen sechs Jahre haben wir nicht gar nichts gemacht. Wir haben beispielsweise eine Kühlzelle eingerichtet. Jetzt sind aber gewisse Massnahmen unumgänglich, damit der Kiosk überhaupt weiterbetrieben werden kann.

Bertschi Bruno, SVP: Im Schwimmbad hat es eine gefährliche Komponente, das ist die Chlorgasanlage. Ich möchte wissen, ob diese für die nächsten Jahre noch standhält. Wenn nämlich dort etwas passiert, kann es Tote geben.

Meier Erwin, Gemeinderat: Wir leben diesbezüglich tatsächlich in einer ungemütlichen Lage. Das Personal gibt sich alle Mühe, um damit zurechtzukommen. Wir können aber die Wasseraufbereitungsanlage nicht unabhängig von der Beckensanierung erneuern. Wir haben mit dem kantonalen Laboratorium vereinbart, dass wir die Wasseraufbereitung im Rahmen der Gesamtsanierung erneuern werden. Wir haben jetzt die Chlorgasanlage und müssen noch damit leben. Das Gefahrenpotenzial ist jedoch enorm hoch, wir können nur hoffen, dass nichts passiert, wie es in den vergangenen 40 Jahren der Fall war. Doch wird es nicht möglich sein, eine 40 Jahre alte Schwimmbad Anlage mit wenig Geld zu sanieren.

Bruno Bertschi, SVP: Ich nehme von der Antwort des Gemeinderates Kenntnis. Ich möchte einfach nicht erleben, dass in Wohlen ein Chlorgasunfall passiert. Darum ist die Schwimmbadsanierung nicht Wunschbedarf, sondern muss dringend erledigt werden. Darum fordere ich den Gemeinderat auf, eine den finanziellen Möglichkeiten angepasste Vorlage zu bringen. Ich möchte lieber Fr 2.5 Mio. mehr Schulden als eine Zeitbombe im Schwimmbad haben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte Bruno Bertschi fragen, ob er einverstanden wäre, wenn wir eine solche Vorlage zusammen mit einer Steuererhöhung bringen würden.

Bertschi Bruno, SVP: Nein.

Hartmann Karl, FDP: Von verschiedener Seite wurde jetzt sehr viel Negatives über unsere Finanzen gesagt. Es hat aber schon noch Reserven. Es werden beispielsweise für das Jahr 2006 Einnahmen prognostiziert, die wir bereits letztes Jahr erzielt haben.

Bertschi Bruno, SVP: Müssen die Ortszulagen ab 2005 noch ausbezahlt werden, nachdem diese gemäss GAL in die Besoldungen integriert werden? Im Wahlbedarf sind verschiedene Ausgaben enthalten, die auf Volksabstimmungen beruhen und zum Teil schon seit vielen Jahren andauern. Sind diese immer noch alle sakrosankt? Oder kann man nicht einmal darüber diskutieren, beispielsweise über den Ortsbus? Dieser muss nicht unbedingt abgeschafft werden, es gibt noch andere Lösungen. Zum Chinderhuus kennen Sie meine Meinung. Wenn ein Ehepaar einen Lohn in sechsstelliger Höhe bezieht, sollte dieses für die effektiven Kosten aufkommen können. Es kann nicht sein, dass wir Steuerzahler solche Einkommen auch noch subventionieren.

Walter Dubler, Gemeindevorsteher: Wir wissen, dass in den Schulen bezüglich EDV Handlungsbedarf besteht. Es ist also so, dass die Ortszulagen wegfallen werden, hingegen die Einsparungen daraus mit neuen Kosten aus der EDV in den Schulen kompensiert werden. Es ist klar, dass diese Änderung noch den üblichen politischen Weg beschreiten muss.

Wenn sie den Mut haben, die Abschaffung des Ortsbus vorzuschlagen, dann steht Ihnen selbstverständlich frei, eine entsprechende Motion einzureichen. Dann kann sich der Einwohnerrat positionieren.

Külling Harold, Gemeinderat: Diskutieren kann man selbstverständlich über alle Positionen des Wahlbedarfs. Zum Chinderhuus kann ich sagen, dass sie noch über eine Vorlage betreffend Tarifierhöhung werden diskutieren können.

Die Diskussion ist hier erschöpft.

**Der Einwohnerrat hat vom Finanzplan 2004 -2008 Kenntnis genommen.**

## **Bericht 10110 zum Postulat 9104 der Fraktion CVP-CSP und Junge CVP betr. Hilfe und Weiterbestand des Kinderhorts Asilo in Wohlen**

---

Zulauf Ruedi, GPK-Sprecher: Die GPK hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 09.09.2004 diskutiert; Gemeindeamman Walter Dubler und Gemeinderat Harold Külling haben unsere Fragen beantwortet.

Die Vorlage stellt die Geschichte des Asilo aus Sicht des Gemeinderates dar, bringt ein Zusammenarbeitsmodell, wie es ursprünglich die Absicht des Gemeinderates gewesen wäre, und beleuchtet eingehend die neue finanzielle Situation, wie sie sich aus der Volksabstimmung zum letzten Voranschlag ergeben hat. Die Folgerungen sind für den Gemeinderat eindeutig: Kinderhorte gehören zum Wahlbedarf, und in diesem Bereich ist kein zusätzliches Engagement möglich.

Der Gemeinderat informierte die GPK, dass sich die Situation kurz zuvor geändert hätte, indem die Theodor und Bernhard Dreifuss-Stiftung mit einem Schreiben vom 08.09.2004 mitgeteilt hätte, dass sie vorläufig und auf Zusehen hin die Kosten für den Betriebsaufwand des Asilo übernehmen würden, soweit sie den Gemeindebeitrag von Fr. 15'000.00 jährlich übersteigen. Diese Defizitdeckung bezieht sich gemäss Schreiben auf den Betrieb und nicht auf den Gebäudeunterhalt. Den Fraktionen ist dies mittlerweile mitgeteilt worden.

Es ist ein ausdrücklicher Wunsch der Stiftung, dass mit diesem Schritt „Feilschereien und Seilziehereien über Kinder und deren Betreuungsbedürfnisse im Kinderhort Peter Dreifuss“ vermieden werden können.

Der Gemeinderat vertritt die Haltung, dass mit der grosszügigen Geste der Theodor und Bernhard Dreifuss-Stiftung das Anliegen des Postulats erfüllt sei.

Die GPK findet das Engagement der Stiftung erfreulich und in hohem Mass verdankenswert. In ihrer Haltung zum Bericht des Gemeinderates war sie sich allerdings nicht einig. Nicht unerwartet sind einige Mitglieder der Meinung, das Führen von Betreuungsplätzen bzw. deren Unterstützung sei eine Aufgabe der öffentlichen Hand, während andere die gegenteilige Meinung vertreten. Der Bericht des Gemeinderates wurde denn auch unterschiedlich aufgenommen und die Mehrheit der Mitglieder konnte ihm in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Weil aber eine breite Diskussion des Themas im Zusammenhang mit der Motion zur Jugend- und Familienpolitik zu erwarten ist, kann man im Moment auf eine eingehende Vertiefung verzichten. Dies um so mehr, als die Befürchtung der Dreifuss-Stiftung nicht ganz unbegründet sein dürfte, dass einiges familienpolitisches Geschirr zerschlagen werden könnte, indem politische Grundfragen unversöhnlich aufeinander prallen. Da zudem das Problem des Asilo für den Moment finanziell gelöst ist, hat die Überlebensfrage etwas an ihrer Brisanz verloren.

Die Mehrheit der GPK ist, wie gesagt, mit der Art und Weise nicht einverstanden, wie der Gemeinderat die politischen Fragen rund um das Asilo beantwortet und kann daher dem Bericht nicht zustimmen. Sie unterbreitet Ihnen daher einen Abänderungsantrag, der dazu beitragen soll, die Wogen der Diskussion nicht höher schlagen zu lassen, als der Sache dienlich ist, und schlägt Ihnen vor, dem Bericht nicht zuzustimmen, sondern ihn lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Das Postulat kann als inhaltlich erfüllt angesehen werden. Einer Abschreibung steht nichts im Weg, ebenso wenig natürlich einer Neuauflage, wenn sich wegen geänderter Bedingungen die Notwendigkeit ergeben sollte.

Der Abklärungsantrag der GPK lautet im Wortlaut:

*Der Bericht zum Postulat 9104 der Fraktion CVP-CSP und Junge CVP betreffend Hilfe und Weiterbestand des Kinderhorts Asilo in Wohlen sei zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.*

Die GPK bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen, und verbindet diese Bitte mit grossem Dank an die Theodorn und Berhard Dreifuss-Stiftung.

Külling Harold, Gemeinderat: Der Gemeinderat opponiert gegen den Abänderungsantrag der GPK nicht. - An dieser Stelle möchte ich auch ganz offiziell der Theodor und Bernhard Dreifuss Stiftung für ihre großzügige Geste herzlich danken.

Fontana Peter, CVP-CSP: Die Fraktion CVP-CSP und Junge CVP ist enttäuscht über den Entscheid des Gemeinderates. Wenn bei diesem Geschäft finanzpolitische Argumente im Vordergrund stehen, ist das für unsere Fraktion fadenscheinig. Der Kinderhort wurde vor über 30 Jahren mit viel Herzblut von den Initianten lanciert. Mit unserem Postulat wollten wir die Türen öffnen, um beide Horte zusammenzuführen und Synergien zu nutzen. Gestützt auf die geführten Gespräche sind wir zuversichtlich, dass der Kinderhort Peter Dreifuss weiter bestehen kann. Die CVP bittet den Gemeinderat, auch in Zukunft für genügend Hortplätze in unserer Gemeinde zu sorgen.

Bertschi Bruno, SVP: Die Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon nimmt Kenntnis vom Bericht und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu, nicht aber dem Antrag der GPK. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat, unter Hinweis auf seine Finanzpolitik, eine klare Haltung einnimmt und einen weitergehenden Beitrag ablehnt. Es scheint, dass sich nun das Problem von selbst löst. Die SVP schließt sich dem Dank an die Theodor und Bernhard Dreifuss Stiftung an. Wer die beiden Herren Dreifuss noch gekannt hat, kann nachvollziehen, dass nun der richtige Weg beschritten wird.

Fricker Matthias, J-CVP: Das Problem ist damit natürlich nicht gelöst sondern nur aufgeschoben. Mit der Geste der Stiftung hat der Kinderhort nun etwas mehr Zeit, eine definitive Lösung zu suchen.

Widmer Reto, Freis Wohle: Die Fraktion Freis Wohle ist froh, dass das Problem gelöst werden kann. Wir sind auch froh, dass mit der Geste der Stiftung eine hitzige politische Debatte vermieden werden kann. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat dem Postulat nicht zufriedenstellend nachgekommen ist. Trotzdem unterstützen wir den Abänderungsantrag der GPK einstimmig.

## **Abstimmungen**

### **1. Abänderungsantrag der GPK**

Dieser wird mit grossem Mehr angenommen.

### **2. Bereinigter Hauptantrag**

Dieser wird einstimmig angenommen.

**Der Beschluss lautet:**

**Der Bericht zum Postulat 9104 der Fraktion CVP-CSP und Junge CVP betreffend Hilfe und Weiterbestand des Kinderhorts Asilo in Wohlen wird zur Kenntnis genommen und das Postulat als erledigt abgeschrieben.**

Für getreue Protokollführung

Claude Salathé, Präsident

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber